



20 Jahre Tafeln: Armut endlich überwinden

Nachricht, 26. September 2013

Sie stehen bereit: Kisten mit Lebensmitteln für Bedürftige in der Ausgabestelle einer Tafel.

Seit zwanzig Jahren gibt es in Deutschland die sogenannten Lebensmittel-Tafeln – Ausgabestellen für überschüssige Lebensmittel, die Menschen bei nachgewiesener Bedürftigkeit kostenlos oder für sehr geringe Preise bekommen. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren explosionsartig entwickelt, genauso wie die Zahl der Menschen, die regelmäßig mehrmals in der Woche vor ihren Türen Schlange stehen. Über 900 Ausgabestellen gibt es inzwischen bundesweit, sie versorgen mittlerweile rund 1,5 Millionen Menschen. Längst sind es nicht mehr nur Arbeits- und Obdachlose, sondern immer mehr Rentnerinnen und Rentner, Geringverdienende, Alleinerziehende, Jugendliche und Kinder, die auf die Lebensmittelspenden angewiesen sind.

Dieses Ausmaß an Bedürftigkeit macht das Dilemma deutlich, in dem sich die Tafeln befinden. Auf der einen Seite stehen die vielen Menschen, denen es am Nötigsten zum Leben fehlt, auf der anderen Seite

eine Sozialpolitik, die die Tafel-Lebensmittelversorgung de facto in die viel zu niedrigen Sätze der Hartz IV-Leistungen und sinkenden Leistungen "einpreist". Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Tafeln in Deutschland, Jochen Brühl, appelliert deshalb an die Bundesregierung, sich deutlich stärker für eine Beseitigung von Armut zu engagieren. Er fordert schnellstmöglich eine »armutsfeste Grundsicherung«, die allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

In eine ähnliche Richtung geht die Feststellung des Präsidenten der Diakonie Deutschland, eine der Trägerinnen der Tafeln, Johannes Stockmeier: »Die Tafeln begleiten gesellschaftliche Armut - aber sie überwinden sie nicht.« Eine besondere Gefahr sieht er darin, mit den Tafeln ein Versorgungssystem zu etablieren, »das Menschen von den übrigen Zusammenhängen ausschließt«.

Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, prangerte bereits im April dieses Jahres die »Vertafelung« der Gesellschaft an. Sie sei Ausdruck der Verarmung von immer mehr Menschen: »Armut hindert immer mehr Menschen daran, eine gerechte Ausbildungschance zu bekommen, und spaltet die Gesellschaft immer mehr zwischen Arm und Reich«, sagt Groth. Mehr als zwei Drittel aller Arbeitslosen sind armutsgefährdet, insgesamt leben mehr als 11 Millionen Menschen in Deutschland in Armut. DIE LINKE tritt deshalb im Bundestag für eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine Mindestrente ein und kämpft für die längst überfällige Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.

linksfraktion.de, 26. September 2013

